

Promillegrenze fällt für Freizeitkapitäne

Schiffahrt Der Bundesrat hebt die Promillegrenze für Gummibootfahrer per Anfang 2020 auf. Die Freizeitkapitäne unterstehen aber weiterhin der gesetzlichen Vorgabe, dass das Boot nur von fahrtüchtigen Personen gesteuert werden darf. Die 0,5-Promillegrenze für Fahrer von Sport- und Freizeitschiffen war erst vor gut fünf Jahren eingeführt worden. Mit dieser Änderung gilt im Schiffsverkehr seither derselbe Alkoholgrenzwert wie im Strassenverkehr.

Nun hat der Bundesrat entschieden, die alte Praxis, die vor 2014 in Kraft war, wieder einzuführen. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hatte die Verordnungsänderung vor einem Jahr in die Vernehmlassung geschickt. Zwar ist es auch weiterhin nicht erlaubt, ein Schiff zu führen, wenn die Fahrfähigkeit wegen Alkohol beeinträchtigt ist. Die Binnenschiffverkehrsverordnung definiert jedoch nicht mehr, ab welchem Promillewert jemand als fahrtüchtig gilt. Bei allfälligen Kontrollen muss individuell festgelegt werden, ob die Fahrfähigkeit gegeben ist.

Der Bundesrat erklärt die Kehrtwende damit, dass die Einhaltung des Alkoholwertes bei Führern von Gummibooten und kleinen Schiffen schwierig zu kontrollieren sei und von diesen Booten eine geringere Gefährdung ausgeht, als von motorisierten Schiffen. Keine Promillegrenze gibt es für Kapitäne von Schiffen, die kürzer als 2,50 Meter sind. Gemeint sind etwa Strandboote, Rennruderboote, Windsurf- und Kiteboards sowie nicht-motorisierte Gummiböte bis zu einer Länge von 4 Metern.

Der Entscheid ist umstritten. «Zum wiederholten Mal werden Gesetze im Zusammenhang mit Alkohol gelockert», so Philipp Hadorn, Präsident des Blauen Kreuzes in einer Mitteilung. Der Bundesrat nehme eine Zunahme von Unfällen in Kauf. (sda)

Wie gut sind Schweizer Gymis?

Bildung Bundesbern streitet sich darüber, ob die Qualität Schweizer Gymnasien verglichen werden soll. Der Nationalrat setzt auf Transparenz. Kantonsvertreter warnen vor einer Ranking-Kultur wie in den USA.

Roger Braun

Vor gut zehn Jahren brach die ETH Zürich ein Tabu. Sie gab bekannt, welche Gymnasien die erfolgreichsten ETH-Studenten hervorgebracht hatten. Top war die Kantonsschule Rychenberg in Winterthur. Flop war das Gymnasium Immensee im Kanton Schwyz. Lehrer, Rektoren und Erziehungsdirektoren reagierten empört: Die Untersuchung sei verzerrt, vergleiche Birnen mit Äpfeln, schimpften sie. Die Reaktion verfehlte ihre Wirkung nicht. Es war bis heute der letzte nationale Vergleich der Gymnasien.

Nun nimmt der Nationalrat einen neuen Anlauf, die Qualität der Schweizer Gymnasien zu beleuchten. In der Herbstsession befürwortete der Nationalrat mit 181 zu 3 Stimmen eine Motion der Luzerner CVP-Nationalrätin Andrea Gmür. Sie fordert, dass der Bund künftig den Studienerfolg der Abgänger unterschiedlicher Gymnasien veröffentlicht. Die Daten liegen beim Bund vor, sind allerdings ausschliesslich für einzelne Kantone abrufbar. Gmür versteht nicht, wieso man dieses Potenzial nicht nutzt: «Die Daten könnten wichtige Hinweise darauf geben, was an den Gymnasien verbessert werden kann.»

Plötzlich kommt geballter Widerstand

So weit, so gut. Bis zur Sitzung der Bildungscommission des Ständerats dieser Woche. Mit 7 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung lehnen die Kantonsvertreter die Motion von Gmür überraschend ab. «Wir wollen keine Ranking-Kultur wie in den USA», begründet Kommissionspräsident Ruedi Noser das klare Nein. Der Erfolg eines Gymnasiums messe sich nicht nur an der Studierfähigkeit, sondern auch an der Persönlichkeitsentwicklung, sagt der Zür-



Der Nationalrat will wissen, wer an der Universität erfolgreich ist.

Bild: Gaëtan Bally/KEY (Zürich, 13. April 2015)

cher FDP-Ständerat. «Wenn sich die Gymnasien nur noch am Ranking orientieren, kommen musische Fächer wie Musik oder Zeichnen unter die Räder.» Noser warnt auch davor, einen Studienabbruch mit mangelhafter Qualität am Gymnasien zu verbinden. Zu verschieden seien die Motive für einen Abbruch.

Für Gmür gibt es hingegen keinen Zweifel an einem Zusammenhang zwischen der Qualität eines Gymnasiums und dem Studienerfolg an einer Hochschule. Um den Stellenwert der musischen Fächer macht sie sich keine Sorgen, wenn der Studienerfolg der Gymnasien künftig veröffentlicht wird. «Denn auch musische Fächer tragen ihren Teil bei, dass

ein Student ein Studium erfolgreich durchläuft.» Gmür sieht den wahren Grund des Widerstands woanders: «Die Kantone und Gymnasien wollen vor allem darum keine Transparenz, weil sie sich fürchten, schlecht abzuschneiden.»

Wirtschaft will Offenlegung

Unterstützt wird Gmür von der Wirtschaft. «Der Entscheid der Ständeratskommission ist völlig unverständlich», sagt Economie-suisse-Chefökonom Rudolf Minsch. Der Wirtschaftsdachverband hatte im Nachgang zur ETH-Studie aus dem Jahre 2008 sämtliche Gymnasien angeschrieben und nach den Folgen

gefragt. «Das Ergebnis zeigte deutlich: Die Gymnasien haben nicht nur Verbesserungsmassnahmen diskutiert, sondern viele auch solche beschlossen», sagt Minsch. Für ihn steht ausser Frage, dass die Daten an die Öffentlichkeit gehören. «Der Steuerzahler hat das Recht zu wissen, ob die von ihm finanzierten Schulen ihre Qualität bringen oder nicht.»

Minsch wirft den Kantonen eine «unverständliche Blockadepolitik» vor. «Das Verhalten weckt den Verdacht, dass die Schulen etwas zu verbergen haben.» Minsch beklagt eine Soihäfeli-Soi-Deckeli-Politik. «Offensichtlich wollen sich die guten und schlechten Gymnasien nicht wehtun und decken sich des-

«Die Kantone wollen vor allem darum keine Transparenz, weil sie sich fürchten, schlecht abzuschneiden.»

Andrea Gmür
Nationalrätin (CVP/LU)

halb», sagt er. Für ihn ist das ein grosser Fehler, denn die Qualität des Schulsystems sei entscheidend für den Erfolg der Schweiz. «Es besteht die Gefahr, dass wir uns in der guten Situation sonnen, anstatt uns kritisch zu hinterfragen», sagt er. «Rankings motivieren einem, ständig besser zu werden.»

Die Ständeratskommission sieht dagegen keinen Handlungsbedarf. «Die Kantone können die Daten bereits heute heranziehen, um ihre Schulen zu verbessern», sagt Noser. «Wer die Daten öffentlich machen will, kann im Kantonsrat einen Vorstoss einreichen.» Gmür entgegnet, es gehe darum, die Daten schweizweit zu vergleichen. «Eine nationale Debatte zu den Voraussetzungen guter Gymnasien kann der Schweiz nur guttun», sagt sie.

Ob es so weit kommt, ist ungewiss. Der Ständerat orientiert sich meist stark an der vorbereitenden Kommission. Auch wenn ein Drittel der Kommission bei der Abstimmung abwesend war: Die Wahrscheinlichkeit, dass Gmür im Ständerat aufläuft, ist hoch.

ANZEIGE

Ausgewogener Kompromiss

«Probleme können entweder gelöst oder mit Radikalforderungen bewirtschaftet werden. Die AHV-Steuervorlage ist ein guteidgenössischer Kompromiss. Alle mussten etwas geben, um etwas zu erhalten. Die Sicherung der AHV benötigt unabhängig von weiteren Reformen dringend finanzielle Mittel. Bis ins Jahr 2030 fehlen 55 Milliarden Franken. Auf der anderen Seite hat die Schweiz sich verpflichtet, nur noch international anerkannte Steuerinstrumente zuzulassen. Die Wirtschaft ist weiterhin auf eine konkurrenzfähige Steuerbelastung angewiesen. Die AHV-Steuervorlage sichert unseren Wohlstand. Dazu gehören sichere Sozialwerke und internationale steuerliche Attraktivität.»

Konrad Graber, Ständerat
Damian Müller, Ständerat

Konrad Graber
Damian Müller

luzernerkomitee.ch

Breite Allianz sagt JA!

ihz
INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER
ZENTRALSCHWEIZ

LUZERNER BÄUERINNEN
UNDBAUERN
natürlich engagiert

IHV Industrie- und Handelsvereinigung
Region Sursee-Willisau

CVP

FDP
Die Liberalen

SP

HEV Luzern

SCHWEIZER
QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

JA zur AHV-
Steuervorlage!